

## **Demonstration „Demokratie braucht Vielfalt“, 2. Februar 2025**

Rede von Peter Barth vom Helferkreis Hebertshausen

Im Sommer 2013 kamen die ersten Flüchtlinge nach Hebertshausen.

Das war nicht unumstritten, aber es gab halt das ehemalig Hilfskrankenhaus in Deutenhofen, wo sie untergebracht werden konnten.

Es fand eine Informationsveranstaltung statt.

Wir begannen am nächsten Tag mit dem Deutschunterricht.

Hilfsbedürftige Flüchtlinge, Menschen in Not, brauchten Hilfe. Das reichte als Motivation.

Der persönliche Umgang mit einander war für beide Parteien eine Bereicherung.

Nach dem Unterricht hielt ich eine Sprechstunde, beantwortete Fragen und erklärte Briefe, unzählige Briefe

Langsam begannen die Asylverfahren, die Anhörungen beim BAMF.

Unsere Betreuungsarbeit war von Anfang an unabhängig von der Bleibeperspektive der Migranten, im Gegensatz zu staatlichen Regelungen.

Für die hieß und heißt es: Asylberechtigt oder nicht Asylberechtigt.

Der Wunsch alle Flüchtlinge war, hier bei uns zu bleiben.

Was tun mit den Abgewiesenen?

Ein Spannungsfeld das nach wie vor besteht.

Beide Seiten versuchten ihr Ziel zu erreichen.

Für uns Flüchtlingshelfer war schnell klar, dass Bildung -an erster Stelle Spracherwerb- Ausbildung und Arbeit, ein Weg sein könnte, eine neue Bleibeperspektive für Flüchtlinge zu erreichen.

Warum in die Welt schweifen und Arbeitskräfte suchen, während Menschen die bereits hier sind, abgeschoben werden sollen?

Ein Spurwechsel wurde und wird von der Politik nicht gewollt.

Aber es gab Schlupflöcher. Eines war die 3+2 Regelung die Geduldete eine Perspektive bot, einen Aufenthaltsstatus zu bekommen.

Später, in 2023 kam das Chancenaufenthaltsgesetz, welches nach den neuesten Vorschlägen von Friedrich Merz erneut abgeschafft werden soll.

Für Flüchtlinge aus sicheren Herkunftsstaaten, wurde in 2015 ein Arbeitsverbot verhängt.

Arbeitsverbote war und ist die schlimmste Maßnahme die die Politik verhängen kann.

Denn in der Tat, waren viele Migranten nicht asylberechtigt, es waren und sind Menschen auf der Suche nach einem besseren Leben.

Wenn Flüchtlinge arbeiten, erhöht das die Akzeptanz in der Bevölkerung, macht die Integrationsarbeit viel leichter. Wir versuchten und versuchen diesen Weg zu bestreiten, verlangten einen Spurwechsel; die Politik fand neue Wege Arbeit zu verbieten, so in dem „Geordnete-Rückkehr-Gesetz vom August 2019. Wer seine Identität nicht klären konnte wurde mit einem Arbeitsverbot belegt.

Zum Glück führte die gute wirtschaftliche Lage dazu, dass wir fast alle Flüchtlinge die bereit waren zu arbeiten -und die arbeiten durften- in Arbeit bringen konnten. Die meisten Flüchtlinge wollen arbeiten.

Sie sind bereit Berufe auszuüben, für die einheimische Arbeitskräfte schwer zu finden sind.  
Es herrscht nicht nur Mangel an qualifizierten Arbeitskräften, sondern generell an Arbeitskräften.  
Denken wir nur an Pflegeberufe, Lagerarbeiten, Tätigkeiten in Bäckereien etc... Arbeit ist somit einer der größten Chancen die Migration uns bietet.  
Die Einführung eines Mindestlohns am 1. Januar 2015 war ein Segen. Immerhin verhinderte er grobe Ausbeutung.

Eine weitere Chance der Migration ist die Verjüngung unserer Gesellschaft.  
Wir sind eine alternde Bevölkerung und brauchen junge Menschen die unsere Rente erarbeiten.

Allerdings hat Migration nicht nur Vorteile.  
Sie kostet erst mal Geld, Geld für Bildung und Ressourcen.  
Integration von fremden Menschen, mit anderer Kultur, anderer Religion muss hart erarbeitet werden.  
Sie verlangt von beiden Seiten große Anstrengungen.

Vorfälle wie in Mannheim, Solingen, Magdeburg und zuletzt in Aschaffenburg, führten zu einer radikalisierten und aufgeheizten Migrationsdebatte.  
Diese schrecklichen Anschläge auf unschuldige Menschen, werden nicht mehr als Einzelfälle, sondern repräsentativ für eine gesamte Bevölkerungsgruppe, die der Migranten, dargestellt.  
Die Rechtspopulistische AfD profitiert seit Jahren von der Thematisierung von Migration, in dem sie Ängste und Unsicherheiten in der Bevölkerung anspricht und sich als Verteidiger der nationalen Interessen positioniert.  
Bürgerliche Parteien wie die CDU/CSU sehen ebenfalls Migration hauptsächlich als Problem.  
Sie sehen Lösungen in

- Abschottung,
- Begrenzung der Zuwanderung,
- Grenzkontrollen und
- Abschiebungen.

Ich glaube nicht, dass wir Migration durch stets strengere Grenzkontrollen, durch stets höhere Mauern verhindern können.

Die Welt ist zu unruhig um den Strom an Flüchtlingen zu stoppen.  
Von 2013 bis 2024 ist die Zahl der Flüchtlinge in der Welt von 50 Mio. auf 122 Mio. gestiegen.  
Nur ein Bruchteil kommt in den reichen Norden.  
Wir werden wohl auch in Zukunft damit umgehen müssen.

Außerdem stünde es uns gut, wenn wir Schutzbedürftige, weiterhin Unterstützten und Zuflucht gewähren.  
Aus historischen Gründen, aus rechtlichen Gründen, aus humanitären Gründen und aus Eigennutz.

Danke.

*Peter Barth – Helferkreis Hebertshausen*